

Sächsische Volkszeitung

Verkaufspreis: Wöchentlich frei Hand Ausgabe A mit illustriertem Ullage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M.
einschließlich Volkszeitung. Preis der Einzelnummer 30 P.

Anzeigen: Einnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr von Familienanzeigen bis 11 Uhr vom. — Preis für die
Viertel-Spalte aller Anzeigen 1.40 M. im Hellmetall 3.50 M. — Für unbedeutlich geschriebene sowie durch
Gehörerichter aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Die Verhandlungen Bayerns mit der Reichsregierung

München, 26. September. Ämtlich wird mitgeteilt: Das Ergebnis der zwischen der bayerischen Staatsregierung und der Reichsregierung geflossenen Verhandlungen über den Vertrag des Reichspräsidenten vom 20. v. M. und über die Aufhebung des Ausnahmestandes in Bayern wird am Dienstag nachmittag Gegenstand von Beratungen im Verfassungsausschuss des Landtages sein. Um der verfassungsmäßigen Entscheidung des Landtages nicht vorzutreten, ist bisher von der Verfassungsrückhaltung des Wortlautes der Abmachungen abgesehen worden. Bedauerlicherweise ist durch eine Indoktrination eine unrichtige Veröffentlichung der Abmachungen erfolgt und der Einheitsvertrag erweckt worden, als ob nach dem jetzt getroffenen Vereinbarungen das Reichsministerium des Innern selbständig eine Beleidigung erlassen hätte und der Landesbehörde nur das Recht der Beleidigung an den Reichsstaatsausschuss zustehe. Das ist falsch. Im Gegenteil ist tatsächlich vereinbart worden, dass die Landeszentralbehörde allein das Recht zum Erlassen von Verbots- und Beschlagnahmen hat. Der Reichsminister des Innern hat nur das Recht, an die Landeszentralbehörde das Schreiben mit den Verboten von Verbots- und Beschlagnahmen zu richten. Wenn die Landeszentralbehörde glaubt, einem solchen Schreiben nicht Folge leisten zu können, dann tritt die schiedsgerichtliche Entscheidung der überparteilichen Instanz des Reichsstaatsausschusses ein.

Die volksparteilichen Koalitionsbedingungen

Berlin, 26. September. Neben einem eventuellen Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung wird berichtet: Die Deutsche Volkspartei hat in Heidelberg ihre prinzipielle Bereitwilligkeit zu einer Koalition auf breiter Basis erklärt. Ein Ausfall von mehreren Mitgliedern ist eingesezt worden, um die Voraussetzungen zu prüfen, unter denen eine Mitwirkung der Deutschen Volkspartei bei der Regierungsbildung möglich wäre. Die Forderungen der Deutschen Volkspartei werden, falls man an sie herantrete, weniger in Person als oder Befreiungsbedingungen, als in der Forderung der Ausfüllung eines sachlichen Programms zur Lösung der aktuellen Fragen, namentlich an finanzielle Weise, beziehen. Man sieht in Kreisen der Deutschen Volkspartei die finanzielle Lage des Reichs als außerordentlich ernst und gefährdet an und möchte zu einer Maßnahme sich nun bereit finden, wenn energische Mittel angewandt werden, um das Ende der Reichskirche zu befechten.

Die Parteiführer beim Reichskanzler

Berlin, 26. Sept. Der Reichskanzler hatte heute die führenden Parteien des Reichstages zu einer Sitzung in die Reichskanzlei eingeladen. In dieser Beratung erholtete der Reichskanzler ausführlichen Bericht über die Verhandlungen, die er mit Rontheim gehabt hat. Es kamen jedoch lediglich die außenpolitischen und Wirtschaftsfragen zur Verhandlung und nicht Erörterungen über die Regierungsbildung im Reiche. In der Frage der Regierungserneuerung sei vorläufig noch nichts geschehen. Heute vormittag tagten im Reichstage die Fraktionen der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, der Kommunisten und der Demokraten. Die Deutschnationalen werden heute nachmittag um 4 Uhr zusammentreten. Morgen tagen das Zentrum und die Deutsche Volkspartei. Der Reisekonsort des Reichstages hat seine Sitzung auf morgen vormittag 11 Uhr angelegt.

Justizreformen

Aus dem Reichsjustizministerium erhält das W. T. B.: Der Wunsch, an der Rechtsprechung der Strafgerichte Daten in weit größerem Umfang als bisher zu beteiligen, erscheint berechtigt und so dringlich, dass er schenkt und noch vor der Durchführung der großen Prozeßreform erfüllt werden muss. Dabei kommt es darauf an, dass einerseits der Kreis der Personen, die zur Mitwirkung an der Strafrechtsprechung berufen sind, andererseits der Kreis der Gerichte, bei denen eine solche Mitwirkung stattfindet, möglich erweitert wird. Diese Erweiterungen haben sich vor einiger Zeit dahin geführt, dass die Tagesgelder der Schöffen und Geschworenen zu erhöhen, um dadurch allen Kreisen der beruflichen Verdienst, namentlich der Arbeiterschaft, die Teilnahme an der Rechtsprechung mehr als bisher zu ermöglichen. In gleicher Richtung bewegt sich ein zur Zeit dem Reichstag vorliegender Gesetzentwurf, wonach den von den Selbstverwaltungsgesetzgebern in den Ausschuss für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen entstandenen Vertrauensmännern Tagesgelder gewährt werden sollen. Ein Gesetzentwurf, der den Frauen den Zugang zu den Schöffen- und Geschworenenräumen eröffnet, liegt, wie bekannt, bereits dem Reichstag vor. In Vorbereitung befindet sich ein zweiter Entwurf, der eine Umformung der Strafgerichte bringt. In den Sachen, in denen bisher die ausschließlich mit Berufsschreibern besetzten Strafämter erteilt, sollen künftig Schöffen mitwirken. Außerdem soll in diesen Sachen, ebenso wie es schon heute gegenüber den Unterrichtern der Strafgerichte der Fall ist, die Berufung zugelassen werden und auch die Berufungsgerichte sollen mit Schöffen bestellt werden. Die Wahl der oben erwähnten Vertrauensmänner soll künftig nach dem gleichen und geheimen Wahlrecht und nach den Grundsätzen der Gewaltentwölfung geschehen. Die Aufstellung des Landgerichts bei der Aufstellung der Jahresliste der Geschworenen soll wegfallen; die Jahresliste soll vielmehr unmittelbar von dem zur Auswahl der Schöffen berufenen Ausschuss aufgestellt werden.

In der Ausarbeitung begriffen ist ferner ein Entwurf, der die politischen Strafverfahren des geltenden Strafgesetzbuches den neuen staatsrechtlichen Verhältnissen anpasst. Dabei wird auch auf einen wichtigen Schuh der verfassungsmäßigen Staatsform und ihrer Repräsentanten Gedacht genommen werden. Neben diesen Gesetzentwürfen gehen die Arbeiten an der allgemeinen Reform des Strafrechts weiter.

Die Katastrophe in Oppau

Mannheim, 26. September. Nach einer Erklärung der Badischen Anilin- und Soda-fabrik steht nunmehr fest, dass die Katastrophe auf die Explosion eines Lagers von 4500 Tonnen Ammonium-Sulfatalsalpeter zurückzuführen ist. Es war bisher nicht bekannt und ist im höchsten Maße überraschend, dass diesem Produkt Explosionsfähigkeit innerhalb. Die Ursachen der Explosion dagegen werden sich kaum sicher ermitteln lassen, weil sämtlich zur Zeit der Explosion in diesen Räumen beschäftigten Personen der Katastrophe zum Opfer gefallen sind. Die Angabe, dass Oppau ganz zerstört ist, trifft nicht zu. Mit der Wiederanfahrt der Ammoniumherstellung kann in nicht allzuferner Zeit gerechnet werden.

Ludwigshafen, 24. September. Neben die Ursache des Unglücks ist sich noch niemand im Klaren. Die Arbeiter, die an dem Unglücksunfall an der Explosionsstelle arbeiteten, sind nicht mehr. Wer mit den Arbeitern über das Unglück spricht, wird von ihnen folgendes zu hören bekommen:

In dem Silo, der auch in der Aufführung der Direktion des Werkes als Explosionsherd bezeichnet wird, hatten die dort laufenden 4000 Tonnen Ammonium-Sulfatalsalpeter sich — wohl infolge langer Lagerung — verhärtet, dass zuerst probiert wurde, mit Säure die Rinde zu zerkleinern. Nun sollen seit einiger Zeit diese festen Massen des Salzes durch Sprengungen zerkleinert werden.

Mannheim, 26. September. In einer Unterredung mit Pressevertretern erklärte der Direktor der Badischen Anilin- und Soda-fabrik Dr. Julius, dass bis heute vormittag 330 Tote einschließlich einiger Vermissten festgestellt worden seien. Nach Ansicht der Direktion müsse die Ursache der Explosion von außen liegen. Dr. Julius teilt mit, dass kein Arbeiter wegen Stilllegung des Oppauer Betriebes entlassen werde. Sämtliche Arbeiter würden vielmehr mit Wiederarbeiten beschäftigt.

Berlin, 26. September. Der Hilfsausschuss für Oppau macht darauf aufmerksam, dass sämtliche Liebesgaben für die Opfer des Oppauer Unglücks auf der Eisenbahn frachtfrei befördert werden. Es empfiehlt sich, die Sendungen auf den Frachtkreisen als Liebesgabenwendung für Oppau sinnvoll zu machen. Sie sind zweckmäßig an den Stadtteil von Ludwigshafen zu richten.

Vorbesprechungen über die Kriegshilfe

Berlin, 26. Sept. Heute trafen auf Einladung des Reichskanzlers führende Vertreter der deutschen Landwirtschaft und landwirtschaftlichen Großorganisationen in der Reichskanzlei zusammen, um die Möglichkeit einer Unterstützung der von der Industrie und den Banken geplanten Aktion für die Reparationsverpflichtungen zu erörtern. Die Erörterungen hatten den Charakter einer Vorberedung und werden fortgesetzt werden, nachdem sich die Vertreter der Landwirtschaft mit ihren Organisationen in Vernehmung gesetzt haben.

Die Böllerbundsversammlung

Genf, 26. Sept. Heute trat die Volksversammlung des Böllerbundes nach der Berichterstattung Schauers (Italien) in die Versammlung des Böllerbundes ein. Da einige Vorlesungen der Kommission eine teilweise Abänderung des Artikels 16 bedeuten, wurde beschlossen, über diesen Teil der Resolution erst nach einer Berichterstattung der Kommission die Abänderungsklausur zum Ratke abzunehmen. Um die Tagung nicht zu sehr in die Länge zu ziehen, wurde die Reise auf 15 Minuten beschrankt.

Churchill über das Atlantik

London, 25. Sept. Am weiteren Verlaufe seiner Reise über den Widerstand des Reparationsproblems mündete sich Churchill der sozialistischen, kommunistischen und bolschewistischen Agitation zu, durch die ebenfalls die Gefundung der Welt verzögert werde. Der Welt sollte keine durchbare Lehre vom Widerstand der Sozialisten und von den Folgen gegeben werden können, die entstehen, wenn man ihnen ungezogene Macht überlässt. Lenin und Trotsky hätten sie Jahre gebracht, um Aukland in seine augenblickliche Not zu bringen. Das Land würde etwa vier Monate brauchen, um die Lebensmittel zu verzeihen, über die es verfüge. Churchill erklärte weiter, England sei gezwungen, seine Flotte aufzustellen zu erhalten, und könne auch auf ein Windstrom militärischer Streitkräfte nicht verzichten. Wenn man den Schwierigkeiten der Nachkriegszeit begegnen wolle, so müsse ein föderales Zusammenarbeiten zwischen den führenden Nationen erleben. Es gebe zwei große Gruppen von Nationen, von denen jede notwendig sei für das Wiederanfangen der Sicherheit der Welt. Letztere sei notwendig ein Zusammenschluss Englands, Frankreichs und Deutschlands, um die Wohlfahrt Europas wieder aufzubauen. Weiter sei nötig ein Zusammenschluss der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Japans, um neuen Wettkampf in den Rüstungen zur See zu verhindern und den Frieden des stillen Ozeans zu sichern. Churchill fügte weiter, ein Zusammenschluss zwischen England, Frankreich und Deutschland würde niemals anstreben kommen, wenn England mit Deutschland auf Kosten Frankreichs Freundschaft halte, sondern im Gegenteil nur dann, das England Frankreichs föderiert werde, das es immer noch im Kreis sei. In gleicher Weise wäre England seine friedliche Zukunft im stillen Ozean ohne oder der Rüstungen zur See aufzuhören, wenn es die meiste Freiheit mit Japan verliere. Es müsse ein geschlossener Einvernehmen zwischen den drei Seemächten im stillen Ozean einzugehen werden auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und gegenseitigen Vertrauens. Churchill erklärte förmlich, es gebe große Hoffnungen auf die Washingtoner Konferenz. Sie bedeute ein wichtiges Eintritt der Vereinigten Staaten für die Vereinigten Staaten und Großbritannien der Weltwirtschaft.

Stauwehren

Der 3. Sächsische Katholikentag in Bautzen hat einen Verlauf genommen, der alle Erwartungen weit übertroffen hat. Noch als die Abwendung des Telegrafen an den apostolischen Nuntius in München beschlossen wurde, hatte man mit einer Teilnehmerzahl von etwa 5000 Personen gerechnet. Der Sonntag jedoch hat diese Zahl weit hinter sich gelassen. Selbst nichtkatholische Wähler berichten, dass in der Festhalle nicht als 6000 Katholiken versammelt waren. Es ist also nicht zu hoch geschätzt, wenn man sagt, dass aus Ost und West, aus Nord und Süd des Sachsenlandes mindestens gegen 7000 Katholiken sich zu einer Kundgebung versammelt haben, wie sie auf katholischer Seite in Sachsen noch nieviele gegeben werden. Unter den Teilnehmern des Katholikentages bei der öffentlichen Versammlung am Sonntag nachmittag befinden sich auch eine Reihe glänzender evangelischer Minister, die vor allem sich hoch befriedigt, ja tief bewegt über den Geist der Liebe und über den Willen zum konfessionellen Frieden aussprechen, der in allen Reden zum Ausdruck kam.

Es waren wirkliche erhabende Bilder, die sich in diesen Tagen in Bautzen abspielten. Bilder, die in der gestiegenen aufsehenerregenden Berichterstattung der "Sächsischen Volkszeitung" gezeigt wurden. Wir haben in der Nummer vom Sonntag den 25. September die Frage aufgeworfen, ob die Bautzner Versammlung ein Katholikentag der Tat werden würde. Wie glauben, diese Frage heute freudigen Herzens mit einem glatten Ja beantwortet zu haben. Ja, es war ein Katholikentag der Tat, ein Katholikentag, bei dem immer und immer wieder der Wille zur Tat zum Ausdruck kam. Alle Teilnehmer wurden angefeuert durch die längenden Reden des Hochwürdigsten Herrn Bischofs Dr. Christian Schreiber, die Taufkraft nimten, die zum Katholizismus der Tat, die zum katholischen Vereinnis der christlichen Weltanschauung überhaupt aufsiederten. Ein gewaltiges Feuer ging von diesen Rückenflüster aus, der immer und überall da war und immer und überall das rechte Wort der Aufmunterung fand und so allen zum Bewusstsein brachte, dass den Katholiken Sachsen Gott und die Kirche des heiligen Stuhls einen wirklichen Helfer gesandt haben.

Besonders erfreulich war es, dass die geschlossene Versammlung, die ja eine Arbeitsversammlung sein soll und sein muss, am Sonnabend nachmittag den Willen zur Tat atmelt. Wir hatten in der Nummer vom Sonntag den 25. September die Frage aufgeworfen, ob die Richtigkeit der praktischen Auswirkung der Katholikentage gesprochen. Der Kreisverband der katholischen Vereine Dresden hatte diesbezügliche Anträge eingebracht. Sie wurden einstimmig angenommen. Danach bat der ständige Ausschuss der Sächsischen Katholikentage dafür Sorge zu tragen, dass etwa vier Wochen nach den alljährlichen Tagungen die Schlüsse der Katholikentage erden, sämtlichen katholischen Pfarrämtern und Zielorgstellen der Diözese Meißen zweitens sämtlichen katholischen Verbänden und Vereinen der Diözese Meißen gedruckt ange stellt werden. Dieser Entschluss ist ebenfalls eine bedeutende Aufforderung des ständigen Ausschusses der Sächsischen Katholikentage herauszuführen, welche die Aufforderung zur Durchführung der Leidenschaft der Sächsischen Katholikentags enthält. Es ist zu hoffen, dass durch die Aufführung dieses Antrages in allen katholischen Gemeinden, in aller katholischen Organisationen breiten und begeistern wird, wie all die Anregungen des Katholikentages praktisch verwandt werden können.

Es kann gar kein Zweifel darüber sein, dass wir vor allem in nächster Zeit mehr wie bisher das Interesse des gesamten katholischen Deutschlands auf unsere sächsischen Diaspora-Länder müssen. Dazu soll ein Beitrag beitragen, den ebenfalls der Kreisverband der katholischen Vereine Dresden gesetzt hat, wonach dem ständigen Ausschuss für die sächsischen Katholikentage die Aufgabe zufällt, mindestens zwei Monate vor den Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands zusammenzutreten und über eventuelle Anträge zu beraten, die von Sachsen aus an die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu richten sind. Vier Wochen vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisationen die Aufforderung gerichtet werden, etwaige Anträge für die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an den ständigen Ausschuss zu stellen. Wie auch vor dem Zusammentreffen des ständigen Ausschusses soll durch eine Anzeige in der "Sächsischen Volkszeitung" an die katholischen Organisation